

Die LDK der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Don't feed the troll - Sensibilisierung im Umgang mit Hetze gegen den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk

1 Ein Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks veröffentlicht ein Satire-Video, in dem eine
2 fiktive Großmutter als Umweltsünderin bezeichnet wird. Rechte Gruppierungen und
3 Politiker*innen interpretieren dieses Scherz-Video bewusst fehl und leiten daraus ein
4 abstruses Narrativ gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ab, es kommt zu Drohungen
5 und Einschüchterungsversuchen gegen den Sender und seine Journalist*innen. Rechte und
6 Neonazis übernehmen gezielt den Diskurs und sorgen für eine künstlich aufgeblähte
7 Debatte. Schließlich äußern sich da vermeintlich besorgte Bürger*innen, über deren Sorgen
8 man im Geiste der Ausgewogenheit der Berichterstattung sprechen müsse. Der gezielte
9 Shitstorm der rechten und rechtsradikalen Accounts geht auf. Auch bürgerliche
10 Politiker*innen lassen sich vor den Karren der Rechten spannen und verbreiten die Kritik. Da
11 der verantwortliche Sender, der WDR, das Video fast sofort nach Lautwerden der ersten
12 Anschuldigungen von rechts löscht, kann sich auch niemand mehr ein eigenes Bild davon
13 machen, wie harmlos der Scherz war, wie künstlich die Aufregung von den Rechten
14 entzündet wurde.

15 Dieser Vorfall ist alleine beunruhigend genug, steht aber leider nur am Ende einer langen
16 Reihe von Ereignissen, in denen der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk vor vermeintlicher
17 "Kritik" von rechts eingeknickt ist. So wurde zum Beispiel ein FCK AFD-Aufkleber im
18 Hintergrund einer Polizeiruf 110-Folge nachträglich retuschiert, weil Rechte und AfD-
19 Vertreter*innen lautstark eine linke Unterwanderung des Öffentlich-Rechtlichen
20 vermuteten. Als auf dem AfD-Bundesparteitag ein Materialkoffer von Phoenix mit "Say no to
21 racism"-Aufklebern versehen war, bedauerte der ÖR auch dies im Nachgang - ohne zu
22 erklären, was denn am Nein zu Rassismus so bedauerlich sei.

23 Die Trennung von Staat und Medien ist richtig und wichtig. Daher möchten wir auch nicht für
24 uns beanspruchen, den Öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Vorschriften zu machen. Wir
25 stehen aber solidarisch an der Seite aller Journalist*innen und freien Mitarbeiter*innen, die
26 von Rechten bedroht werden, wenn sie Rückgrat zeigen; die von ihren Intendant*innen nicht
27 bestärkt und geschützt werden; die bedroht, eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht
28 werden sollen.

29 Aufgabe aller Rundfunkräte (beim ZDF: Fernsehrat, beim Deutschlandradio: Hörfunkrat) der
30 einzelnen Sendeanstalten ist es, die Interessen aller Hörer*innen und Zuschauer*innen zu
31 vertreten – nicht nur einer lauten Gruppe von Rechten und Rechtsradikalen, die on- und
32 offline hetzen und künstliche Empörung erzeugen.

33 Wir appellieren daher an alle demokratischen Mitglieder aller Rundfunkräte, sich dem
34 Rechtsruck entgegenzustellen und darauf hinzuwirken, dass

- 35 • Richtlinien erstellt werden, nach denen Beiträge, sofern sie nach Ausstrahlung stark
36 kritisiert werden, objektiv beurteilt werden können statt diese ungeprüft zu löschen
37 und somit rechte Hetze vermeintlich zu legitimieren

- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- Beiträge nicht aus Mediatheken gelöscht werden, solange sie nicht faktisch falsch sind oder aus anderen, im Pressekodex festgelegten, Gründen dem Rundfunkauftrag nicht gerecht werden. Ausgenommen sind Beiträge, die sowieso nur für beschränkte Zeit bzw. gar nicht online zur Verfügung gestellt werden.
 - die Sendeanstalten sich solidarisch mit ihren Journalist*innen und Mitarbeiter*innen, besonders den freien, verhalten und sie in öffentlichen Debatten verteidigen und stärken. Zudem muss die Sicherheit und körperliche sowie seelische Unversehrtheit aller Mitarbeitenden von den Sendeanstalten im Rahmen ihrer Möglichkeiten gewährleistet werden. Hierbei sollen die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer*innenvertretungen eingebunden werden
 - keine willkürliche nachträgliche Retuschierung von antifaschistischen Symbolen stattfindet.